

„Polenfresser“ contra „Feinde des Reiches“. Kaiser Wilhelm II. und die Polen 1888–1918

Am Ende des 19. Jahrhunderts machten die Polen die größte nationale Minderheit Preußens und des Deutschen Kaiserreichs aus. Allgemein wird angenommen, jeder zehnte preußische Untertan sei ein Pole gewesen. Seit den 1880er Jahren mussten sie diverse Schikanen seitens des Staates erdulden, die zu ihrer allmählichen Germanisierung und Assimilierung führen sollten. Auf verschiedene Weise allerdings versuchten sie sich gegen diese Politik zu wehren um ihr Nationalbewusstsein, Land, Kultur und Sprache zu bewahren.

Ende der 1880er und Anfang der 1890er Jahre hofften die preußischen Polen jedoch darauf, dass die Machthaber ihren Kurs ändern würden. Sollte die Unterdrückung nicht verhindert werden können, sollte der Druck des Staatsapparats zumindest vermindert werden. Den frühen Tod von Kaiser Friedrichs III. im Jahr 1888 bedauerten die polnische Bürger sehr, da er die Liberalisierung des Staatssystems vorantreiben wollte. Seinem Sohn begegneten sie mit größerer Zurückhaltung und Distanz, indem sie generell eine abwartende Haltung einnahmen. Zu Anfang der Herrschaft Wilhelms II. gewährten ihm die Polen einen kleinen Vertrauensbonus; gleichzeitig beobachteten sie aufmerksam seine Entscheidungen und öffentlichen Äußerungen. Die polnische Fraktion im Reichstag und Landtag folgte nicht dem Beispiel der deutschen Parteien und beschloss, dem neuen Monarchen keine Huldigung auszusprechen. Andererseits nahm ein Teil der polnischen Einwohner von Posen an den Festlichkeiten anlässlich der Machtübernahme Wilhelms II. teil.

Als der Kaiser 1890 den Reichskanzler Otto von Bismarck entließ, zeigten die Polen unverhohlen ihre Freude darüber, doch der bei ihnen verhasste Bismarck in seinen letzten Jahren zum Symbol der antipolnischen Politik geworden war. Danach verstärkte sich die Tendenz, mit der neuen Regierung einen Modus Vivendi auszuar-

beiten. Józef Feldmann beschrieb es so: „Wilhelm II. wurden weitreichende Reformvorhaben in verschiedenen Bereichen zugetraut, sodass seine Thronbesteigung auch die Posener Bevölkerung auf ein Ende der schrecklichen Bismarck-Ära hoffen ließ.“

Der Monarch hatte schon in seinen jungen Jahren keine gute Meinung über die Polen: Er machte alle gängigen Vorurteile über „das polnische Parlament“ und „die polnische Wirtschaft“ kund, die deren Vertretern eine Neigung zur Anarchie und Unwirtschaftlichkeit zuschrieben. Mit Sicherheit waren die Ansichten des Kaisers zum Thema Polen nicht das Ergebnis vertiefter Studien der deutsch-polnischen Angelegenheiten.

Seit 1891 war Wilhelm II. dennoch geneigt, gewisse Erleichterungen der bisherigen Politik gegenüber seinen polnischen Untertanen einzuführen. Woher kam diese Bereitschaft? Erstens plante er, die polnische Fraktion im Reichstag zu benutzen, um Aufrüstungsgesetze durchzusetzen. Überdies rechnete er damit, dass ein Krieg mit Russland ausbrechen könnte. Die polnische Haltung dazu hätte dann eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Kriegshandlungen gehabt. Ebenfalls tendierte ein Teil der politischen Eliten unter der Leitung des Gutbesitzers und Schriftstellers Jozef Kościelski zu einer Verständigung mit den Machthabern.

Die polnischen Abgeordneten unterstützten 1891-1892 die Regierung in vielen Fragen, indem sie zum Beispiel für die Kreditvergabe zum Ausbau der Flotte stimmten. Zu dieser Zeit übte Kościelski sogar die Funktion des Referenten für den Marineetat aus. Von seinen Gegnern bekam er dafür den ironischen Titel „Admiral aus Gopło“ beziehungsweise den Beinamen „Admiral“. Alle seine Anhänger wiederum wurden mit dem Etikett der „Hofpartei“ versehen. Zum Dank für die Unterstützung des Militäretats im Juli 1893 schrieb der Kaiser in einem Telegramm an Kościelski: „Ich danke Ihnen und Ihren Landsleuten für die mir und meinem Haus bewiesene Treue. Das sollte für alle ein Vorbild sein.“

Diese Haltung der polnischen Fraktion trug zum Nachlassen des Germanisierungsdrucks bei: Unter anderem wurde an Volksschulen privater Polnischunterricht erlaubt, Florian Stablewski wurde zum Erzbischof von Posen und Gnesen ernannt und auch im wirtschaftlichen Bereich gab es Erleichterungen. Da die Regierung jedoch keine weiteren Vergünstigungen gewährte, protestierte die Öffentlichkeit in der Posener Provinz und in Pommern immer lauter gegen die Politik der „Paktierer“. Die Menschen waren von den fehlenden grundsätzlichen Zugeständnissen

seitens der preußischen Regierung enttäuscht. Zugleich wuchs innerhalb der polnischen Fraktion langsam der Widerstand gegen die Kompromisspolitik. Selbst Kościelski sah den Bankrott seiner Politik und den Verlust seines Einflusses auf die Entscheidungen der polnischen Abgeordneten ein und legte 1894 sein Reichstagsmandat nieder.

Zum endgültigen Bruch zwischen den Polen und dem Kaiser kam es im Herbst 1894. Dazu beigetragen hatte die Allgemeine Landesausstellung, die damals in Lemberg, der Hauptstadt von Galizien, stattfand. Sie wurde zu einem sichtbaren Zeichen der polnischen Solidarität über die Teilungsgebiete hinweg. Diese Ausstellung besuchten Vertreter der polnischen Bevölkerung aus allen drei Teilungsgebieten teil, darunter eine zahlreiche Delegation aus dem Deutschen Reich. Begleitet wurde die Schau von vielen kulturellen sowie politischen Veranstaltungen. Wilhelm II. ließ es sich nicht entgehen, auf diese „polnischen Provokationen“ zu reagieren. Bei seinem Besuch in Thorn am 22. September 1894 hielt er eine scharfe anti-polnische Rede, wobei er die Bedeutung der zivilisatorischen Mission des Deutschritterordens auf diesen Gebieten unterstrich. Der Kaiser sagte unter anderem: „Mich erreichten Gerüchte, dass die polnischen Teile der Bevölkerung sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. [...] Sie mögen es sich gesagt sein lassen, dass sie nur dann auf meine Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen.“ Als ob das nicht gereicht hätte, fügte der Monarch beim Abschied auf dem Thorner Bahnhof noch hinzu: „Ich wünsche mir; dass das, was ich heute Vormittag sagte, allgemein bekannt gemacht wird. Ich sagte das nicht einfach so. Ich kann auch sehr unangenehm werden und wenn es nötig sein sollte, werde ich es sein.“ Wilhelm war sichtbar enttäuscht von der – seiner Wahrnehmung nach – vermeintlichen Undankbarkeit, Unzufriedenheit und fordernden Haltung der Polen. Diese Rede fand einen starken Widerhall, zerstreute die noch glimmenden Hoffnungen und wurde von den Polen als eine Herausforderung verstanden. Der Versuch einer polnisch-deutschen Übereinkunft endete in einem Fiasko.

Nach 1894 änderte der Kaiser seine Einstellung zu den Polen deutlich. Davon zeugt unter anderem der Verlauf der Kronratsitzung am 7. Oktober 1896. Wilhelm brachte mittendrin seine Empörung über die polnische Haltung zum Ausdruck. Er erklärte die Polen für undankbar, weil sie auf seine Zugeständnisse angeblich mit Hass und wachsender nationaler Stimmungsmache antworteten. Seiner Ansicht

nach war die Lage in den Ostprovinzen Preußens reif genug dafür, entschlossene und radikale Maßnahmen zu ergreifen, die Provinz Posen würde sogar schon am Rande einer Revolution stehen. Der Monarch kritisierte scharf die Vorgehensweise Florian Stablewskis, dem er vorwarf, sich wie ein Primas von Polen aufzuführen. Der Kaiser war der Auffassung, Stablewski hätte die Kontrolle über den niederen Priesterstand verloren, der doch demokratisch orientiert war, Kontakte mit dem Vatikan hatte und zusammen mit den Jesuiten eine Revolution vorbereitete, um die Macht zu übernehmen.

Die polnische Sache wurde zum Gegenstand des allgemeinen Interesses auch während der Sitzung des Kronrates am 14. Oktober 1897. Nach persönlicher Einschätzung des Kaisers war sich die Ansiedlungskommission dessen nicht bewusst, welche Bedeutung die ihr auferlegte Aufgabe hatte. Ihm behagte eine Idee, die an römische Lösungen erinnerte, nämlich ehemalige Soldaten in den grenznahen Gebieten anzusiedeln und ihnen ein Vorrecht bei der Zuteilung der Grundstücke zu gewähren. Dies würde sich positiv auf die Verteidigungsbereitschaft des Landes auswirken. Der Monarch äußerte den Wunsch, der Kriegsminister möge sich das Konzept näher ansehen und ihm Vorschläge zu konkreten rechtlichen Regelungen vorstellen.

Auf eine längere Zusammenarbeit mit dem Kaiser gab es kaum Chancen, auch deswegen nicht, weil er grundsätzlich eine schlechte Meinung über Slawen hatte und sie sogar verachtete. In dieser Hinsicht war er von den Konzepten der Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain und Joseph Arthur de Gobineau beeinflusst. Beide waren Anhänger des rassistischen und antisemitischen Gedankenguts sowie der Überlegenheitsidee der germanischen Rasse. Gegen die Polen sprach laut Wilhelm II. zusätzlich die Tatsache, dass sie mehrheitlich katholisch waren, sich also zu einer Eigenart des Christentums bekannten, die Chamberlain zufolge jüdisch geprägt war und noch viele heidnische Spuren aufwies. Ausgerechnet der Triumph der Gegenreformation in Polen hätte zum Zusammenbruch und letztendlich zur Teilung der Rzeczpospolita beider Nationen (Polen-Litauen) geführt. Durch beide Autoren indoktriniert, glaubte der Kaiser, die Zeit der letzten Konfrontation zwischen Germanen und Slawen sei gekommen, da die slawische Rasse nicht zum Herrschen bestimmt sei. Die Slawen müssten sich demjenigen anschließen, der ihnen seine Macht beweisen würde.

Anfang des 20. Jahrhunderts verschärfte sich der Kurs gegen die Polen, besonders nachdem Bernhard von Bülow Kanzler wurde. Die Deutschen sollten zu einer Nation werden und die Minderheiten – Polen, Franzosen, Dänen – allmählich assimiliert. All das geschah mit voller Zustimmung des Monarchen. Ein deutliches Zeichen dieser Politik war die Rede, die Wilhelm II. während eines seiner Aufenthalte auf Schloss Marienburg hielt. Der Anlass für seinen Besuch war die Beendigung der Renovierungsarbeiten am Schloss, die seit den 1880er Jahren sehr systematisch und sorgfältig durchgeführt wurden. Am 5. Juni 1902 rühmte Wilhelm in seinem Trinkspruch die zivilisatorische Rolle des Deutschen Ordens auf diesem Gebiet: „Nicht in der Fremde, wo der Europäer nicht heimisch war, wo das Kreuz noch nicht festen Fuß gefasst hatte, sondern daheim an des Reiches Grenze da steckte die Vorsehung dem Orden die Aufgabe. Und wie hat er sie erfüllt! [...] Ich habe schon einmal Gelegenheit genommen, in dieser Burg und an dieser Stelle zu betonen, wie die alte Marienburg, dies einstige Bollwerk im Osten, der Ausgangspunkt der Kultur der Länder östlich der Weichsel, auch stets ein Wahrzeichen für deutsche Aufgaben bleiben soll. Jetzt ist es wieder so weit: Polnischer Übermut will dem Deutschtum zu nahe treten, und ich bin gezwungen, mein Volk aufzurufen, zur Wahrung seiner nationalen Güter.“

Die Polen empfanden diese Ansprache als Beleidigung und Provokation, die die Differenzen zwischen Wilhelm II. und seinen polnischen Untertanen noch vertiefte. Auf die Reaktion musste man nicht lange warten. Schon einige Tage danach bezog sich der Reichsabgeordnete Józef Głębocki in seiner Rede vor dem Reichstag auf die kaiserlichen Worte über „den polnischen Übermut“. Er äußerte seine Verwunderung über den Aufruf zum Kampf gegen die Polen im Reich, als ob sie Außenfeinde wären. Überdies käme diese Anweisung von der Person, die aufgrund ihrer Funktion nur Worte der väterlichen Fürsorge und Ermunterung zum Frieden aussprechen sollte. Głębocki meinte, die energisch und mit begründeter Hartnäckigkeit geführten Maßnahmen der Polen, um ihre Nationalität, den Glauben, ihre Sprache, Sitten und ihre Seele zu bewahren, dürfe man nicht als Übermut bezeichnen, und „das Schicksal und die Zukunft der polnischen Nation sind nicht vom bösen Willen und der Misgunst des Monarchen abhängig! Nationen verschwinden nicht auf Befehl der Könige!“ „Gazeta Olsztyńska“ schrieb dagegen, dass der letzte Passus der kaiserlichen Ansprache aus Marienburg keine Zweifel über die Gefühle des Monarchen den Polen gegenüber ließ.

Daher wundert es nicht, dass der Besuch des Kaisers in Posen in den ersten Septembertagen 1902 in einer kühlen und angespannten Atmosphäre verlief. Die polnische Öffentlichkeit und ihre Eliten boykottierten die „Kaisertage“ in der Hauptstadt Großpolens. Bogdan Graf von Hutten-Czapski, polnischer Adeliger und preußischer Offizier, nahm als Schlosshauptmann zu Posen an diesem Ereignis teil. Hoch zu Ross begleitete er die Kutsche der Kaiserin. Nach Jahren erinnerte er sich: „Darüber hinaus konnte der Aufmerksamkeit des Kenners der damaligen Verhältnisse nicht entgehen, dass die Teilnahme der polnischen Bevölkerung an den Feierlichkeiten gering war und auf die Anwesenheit der Beamten beschränkt. Unter den reich geschmückten Häusern fiel das überhaupt nicht dekorierte polnische Hotel ‚Bazar‘ auf.“ Der Boykott des kaiserlichen Besuches wurde eifrig und mit unverhohlener Freude von der polnischen Presse verzeichnet. „Dicht aufgestellte Posten des Roten Kreuzes fanden keine Beschäftigung, sie konnten keinen retten, der in der Menge das Bewusstsein verloren hätte oder verletzt würde“, stellte ironisch „Dziennik Poznański“ fest. Eine kleine Gruppe der Adligen, die aus dem Boykott ausscherten und an den Fest mit dem Kaiser teilgenommen hatten, wurden sehr scharf in der polnischen Presse kritisiert.

Die Rede des Kaisers in Marienburg, der Besuch in Posen sowie die Entscheidung, dort die kaiserliche Residenz zu bauen, schlugen hohe Wellen während der Parlamentsdebatte im Abgeordnetenhaus. Im März 1903 kommentierte der Abgeordnete Głębocki sarkastisch, die Ordensritter, auf die sich so gerne die Gegner der Polen beriefen, errichteten allerhand Schlösser, was aber ihren Niedergang nicht hätte verhindern können. Das Schloss in Posen würde die Unzufriedenheit und Enttäuschung des polnischen Volkes nicht mindern, da dieses nach wie vor nicht in Übereinstimmung mit dem Recht und den Gerechtigkeitsprinzipien behandelt werde. Was den übertriebenen Prunk anging, mit dem der Kaiser in Posen empfangen wurde, so verglich ihn Głębocki mit potemkinschen Dörfern und erinnerte an die auf die Schnelle aus Bromberg und Gnesen hergeholten Gymnasiasten. Darüber hinaus erinnerte er an die Drohungen seitens der Stadtverwaltung gegen polnische Warenhäuser, die angeblich den angemessenen Enthusiasmus anlässlich des kaiserlichen Besuches nicht bekundet hätten. In diesem Zusammenhang stellte er eine rhetorische Frage: „Wenn die polnischen Massen den Kaiser so enthusiastisch empfangen haben, warum gibt die Regierung Millionen Reichsmark aus, um den Kampf gegen sie zu finanzieren?“

Im August 1905 kam Wilhelm noch einmal für einen kurzen Besuch nach Großpolen. Dieses Mal war Gnesen sein Ziel. In seiner Rede sprach der Kaiser nicht nur über die preußische Stadt, sondern bedankte sich auch bei den deutschen Ansiedlern für ihre Anwesenheit an jenem Ort. Gleichzeitig rief er sie auf, im Osten zu bleiben. „Wer als Deutscher ohne Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vaterland. [...] Er muss hier aushalten. [...] Pflicht vor Vergnügen!“, ermahnte er, um die Ansprache mit den Worten zu beenden: „Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden, in Religion sowohl wie in Gesinnung und Betätigung.“

Trotz der Bemühungen der Ansiedlungskommission und wachsender staatlicher Subventionen nahm der Kampf der Deutschen um die Gebiete um Posen und in Pommern keine glückliche Wendung. Das Problem wurde auch dem Kaiser bewusst, sodass er unter anderem dieser Angelegenheit die Sitzung des Kronrates am 13. Februar 1906 widmete. Anfangs gab er zu, aufgrund anderer dringender Aufgaben zu Beginn seiner Herrschaft nicht die erforderliche Beachtung der polnischen Gefahr geschenkt zu haben. Die bisherigen Leistungen der Ansiedlungskommission bei der Verteidigung des Deutschtums hielt er für unzureichend. Der Kaiser erkundigte sich bei seinen Ministern nach Möglichkeiten, den Erwerb deutschen Eigentums für Polen zu erschweren. Zum Ende der Diskussion fragte er, woher die Polen Mittel für ihre Propagandamaßnahmen hätten, wobei er selbst auf die Frage antwortete: Auf Geheiß und unter Leitung des Klerus sollten die Polen ihr Geld, das sie als Arbeitsmigranten verdienten, ausschließlich bei polnischen Banken und Sparkassen anlegen. Dieses Kapital hätte später für nationale Zwecke zur Verfügung gestanden. Darüber hinaus bekäme die polnische Nationalbewegung finanzielle Unterstützung von der katholischen Kirche. Der Monarch hatte den Verdacht, hinter den polnischen Finanzinstitutionen könnte französisches oder sogar englisches und russisches Kapital stehen. Es gehe doch um den gemeinsamen Kampf der Romanen und des Slawentums gegen das Deutschtum, argumentierte er. Als ihm Kanzler Bülow nach einigen Monaten ein Projekt des Enteignungsgesetzes vorstellte, das die Ansiedlungskommission dazu berechtigte, größere polnische Güter notfalls durch Enteignung zum Weiterverkauf an deutsche Siedler zu erwerben, war der Kaiser sehr zufrieden. Er erklärte, er habe sich dieses Gesetz seit Längerem gewünscht und endlich sei es fertig.

Im August 1910 besuchte der Kaiser noch einmal Posen. Diesmal war der Anlass die Übergabe des dortigen Schlosses. Damit wurde die Hauptstadt Großpolens in den Rang der Residenzstadt erhoben. Der Bau des Schlosses dauerte nur fünf Jahre. Das Bauwerk im neoromanischen Stil, das an die Zeit von Karl dem Großen erinnerte, diente der Förderung des Deutschtums in Posen, wo es immer schwächer wurde. Eigentlich war das die einzige von Grund auf neu gebaute Residenz Wilhelms II. Ursprünglich sollte sie drei Millionen Reichsmark kosten, nachdem Wilhelm jedoch seine Projektänderungen eingeführt hatte, wuchsen die Baukosten auf fast sechs Millionen. Die Polen entschieden sich, die Feierlichkeiten erneut zu boykottieren. „Kurier Poznański“ schrieb zum Beispiel: „Die Einwohner wünschen sich einvernehmlich, dass sich, abgesehen vielleicht von Beamten, niemand als Bevölkerungsvertreter engagiert, weil für diese Bevölkerung nur eine einzige Regel existiert: sich passiv und gelassen von den preußischen Festen fernzuhalten.“ Einen ähnlichen Ton schlug die Wochenzeitung „Lech“ bei ihrem Kommentar an, als sie berichtete, die verlorenen Söhne begaben sich auf das Schloss, ließen sich an den Triumphwagen anketten und jubelten wie römische Gladiatoren. „Kurier Śląski“ wiederum nannte sie „feige Nachkommen ihrer stolzen Geschlechter“. Um gesellschaftlichen Druck auszuüben, wurden Namenslisten jener Personen gedruckt, die zum Treffen mit dem Kaiser eingeladen waren. Das Hotel „Bazar“ blieb auch diesmal demonstrativ ungeschmückt und unbeleuchtet, ähnlich wie die meisten Häuser in dem überwiegend polnischen Stadtteil Chwaliszewo. Selbst die polnischen Räte erschienen nicht zu der Zusammenkunft mit dem Kaiser.

Ende August 1913 reiste der Kaiser mit seiner Frau nochmals nach Posen. Auch diesmal begegnete die polnische Bevölkerung den Gästen mit einer deutlichen Distanz, hatte sie doch die Enteignungen von vier polnischen Landgütern frisch in Erinnerung. Nach einigem Zögern wurden dreißig der herausragendsten Vertreter der polnischen Bevölkerung vom Bürgerkasino (eine kleine konservative und loyalistische Gruppierung) mit Fürst Ferdinand Radziwill und Bischof Edward Likowski an der Spitze zu den Feierlichkeiten eingeladen. Die meisten von ihnen kamen, wobei die von auswärts eingereisten sich in dem jetzt herausgeputzten Hotel „Bazar“ einquartierten. Das gefiel nicht den polnischen Radikalen, die sich vor dem Hotel versammelten und laut über das geschmückte Haus schimpften. Überdies wurden die polnischen Gäste des Kaisers, die in Fracks und Uniformen rein- und rausgingen, angefeindet. Die Mehrheit der Presseleute befürwortete den Boykott und

kritisierte die Personen, die sich entschieden, den Kaiser zu treffen, was zur Legitimierung seiner antipolnischen Maßnahmen führen könnte. Vor allem die Warschauer Presse benutzte dabei eine Reihe plumper Beschimpfungen wie: Holzköpfe, Stinkstiefel, Idioten, Feiglinge, Gesindel, preußische Libertins, Verräter, moralisch Degenerierte.

Es dauerte nicht mal einige Wochen, schon kam es wieder zu Verstimmungen zwischen Wilhelm II. und den Polen. Im September 1913 machte Wilhelm eine Stippvisite in Österreich-Ungarn, wo er bei Heinrich Graf Larisch von Moennich im Teschener Schlesien jagte. Als der Kaiser von dem Grafen erfuhr, dass in der Stadt Karwin nicht nur Tschechen und Deutsche, sondern auch Polen lebten, stellte er fest: „Was! Habt ihr Polen hier? Dann müssen Sie denen eine ordentliche Tracht Prügel verpassen!“ So behauptete es jedenfalls die Zeitung „Dziennik Cieszyński“, obwohl der Graf alles leugnete und später mehrere Varianten des Gesprächs mit dem Hohenzollern präsentierte. Unabhängig von seiner Version der Ereignisse wurden die oben genannten Worte in allen polnischen Zeitungen abgedruckt und mit entsprechenden Kommentaren versehen.

Ein gewisser Prüfstein der Beziehung zwischen den Polen und dem Kaiser war ihr Verhalten zu seinen Geburtstagen. Schon Mitte der 1890er Jahre und danach hatten die polnischen Untertanen Wilhelms ihre Häuser in der Regel nicht mehr illuminiert oder beflaggt. Die polnische Presse verschwieg die folgende Jahrestage der kaiserliche Geburt. Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz blieb ein Sonderbericht der Provinz Posen über die Feierlichkeiten zum Geburtstag des Kaisers im Januar 1905 erhalten. Es wurden damals keine größeren Spannungen zwischen Polen und Deutschen verzeichnet. Zu festlichen Empfängen in den Kreisstädten erschienen polnische Gutsbesitzer in einer kleinen Zahl (außer im Kreis Września, wo keiner kam). Ähnlich war es in den Jahren zuvor, auch dann fanden sich polnische Beamte, Geistliche und Juristen nur vereinzelt zu den Festen ein. Nur in Grodzisk Wielkopolski verließ ein Teil der polnischen Gläubigen schnell die Kirche, als das Lied „Te Deum“ vom Organist intoniert wurde. 1910 wurden polnische Abgeordnete zum preußischen Landtag, für die Befürwortung der Erhöhung der jährlichen Abgaben an den König (die Ziviliste), von der polnischen Öffentlichkeit kritisiert.

Mitte Juni 1913 wurde in Deutschland das 25-jährige Thronjubiläum Wilhelms II. sehr ausgelassen gefeiert. Für die polnische Öffentlichkeit war das eine Möglichkeit,

ihr Urteil über seine Person abzugeben. Es ist nicht schwer zu erahnen, wie negativ diese Bewertung ausfiel. Dazu beigetragen hatten die in den vorigen Jahrzehnten erlassenen antipolnischen Gesetze. Mit anderen Zeitungen pflichtete dem ebenfalls „Dziennik Bydgoski“ bei: „Wir schauen auf 25 Jahre der Herrschaft Kaiser Wilhelms II. Wie es sich gehört, müssen wir als gewissenhafte Journalisten bei einem solchen Anlass dem Kaiser geben, was des Kaisers ist Wir werden uns nicht über solche Worte des Kaisers auslassen wie: ‚slawischer Übermut, sarmatische Frechheit‘ oder ‚Deutschtum heißt Kultur und Freiheit‘. Allerdings werden wir auf die Taten des heute herrschenden preußischen Monarchen hinweisen. Diese Taten weisen uns wie Feuer-säulen den Weg, den wir beschreiten sollten, wenn uns die Deutschen bezirzen werden, damit wir uns genauso wie sie über das Jubiläum freuen. Jede dieser Taten durchbohrt wie ein scharfes Schwert das Herz unseres Volkes, und ihre Namen sind - die Ausnahmegesetze, die Wilhelm II unterschrieben hat. Womit er befahl, sie uns gegenüber anzuwenden.“ Mitte Juni 1913 widmete die Warschauer Satire-Wochenzeit-schrift „Mucha“ zum Jubiläum des deutschen Monarchen eine Ausgabe voll mit Karikaturen und boshaften Gedichten.

Polen aus Galizien und Kongresspolen kritisierten des deutschen Herrschers Polen-Politik noch heftiger und kompromissloser als ihre Landsleute jenseits der Grenze. Man warf in Warschau oder Lemberg dem Kaiser u.a. vor, dass er nach der Revolution von 1905 bei dem Zaren der Wiederherstellung der Autonomie in Russisch-Polen entgegenwirkte oder polnische Einflüsse am Wiener Hof bekämpfte. In der Tat äußerte sich Wilhelm II. äußerst kritisch über die Sprachre-formen in Böhmen, die die österreichische Regierung unter Leitung des Polen Ka-zimierz Badeni 1897 einzuführen versuchte.

Der erste Weltkrieg konnte diese negative Bild des deutschen Kaisers nicht än- dern. Im russischen Teil des geteilten Polens galt er als Kriegstreiber und Kriegs- verbrecher. Auch die von Wilhelm II. und Franz Joseph I. am 5. November 1916 veröffentlichte Proklamation über die formale Einrichtung des Königreichs Polen auf den von russischer Herrschaft befreiten Gebieten ergab keine wesentliche Verbesserung.

Das positive Echo dieser Entscheidung wurde jedoch dadurch verringert, da das Dokument weder den zukünftigen König noch die endgültigen Grenzen enthielt. Die wirkliche Macht im besetzten Kongresspolen wurde weiterhin von den Okku-

pationsbehörden in Warschau und Lublin ausgeübt. Wie die Polen allgemein vermuteten, ging es den beiden Zentralmächten lediglich darum, neues polnisches Kanonenfutter zu gewinnen. Das harsche Okkupationsregime im besetzten Russisch-Polen sowie allgemeine Kriegsmüdigkeit und sinkendes Lebensniveau halfen kaum dabei, dieses Propagandaimage des Deutschen Kaisers zu verbessern.

Das Bild der Öffentlichkeit von den beiden Besatzungsmächten und Wilhelm II. verschlechterte sich nach den Beschlüssen des Friedensabkommens von Brest-Litowsk mit der Ukraine im Februar 1918 wesentlich. Die Abgabe von Chełm-Land an die neu gegründete Ukrainische Republik als Verrat an der polnischen Sache angesehen und empörte die polnische öffentliche Meinung zur Gänze. Am 12. Februar 1918 kam es in Lublin zu einer Demonstration bei der Porträts der beiden Kaiser und auch die österreichische Flagge verbrannt wurden. Am Marktplatz von Krakau wurde von unbekanntem Tätern ein Bild aufgestellt, auf dem der gekreuzigte Christus flankiert von den Porträts von Karl I. und Wilhelm II. zu sehen war. Untermalt wurde das Bild von der Botschaft: „Jesus Christus, niemals warst Du in Gesellschaft zweier solcher Schufte am Kreuz.“

Außerdem warfen die polnischen Untertanen Wilhelms II. ihm das Verlängern des Krieges vor und machten ihn für die wachsende Zahl der Gefallenen und Verwundeter sowie für die sich verschlechternde Verpflegung verantwortlich. Der preußische König verzichtete während des Krieges auf pro-polnische Gesten. Die polnischen Untertanen waren während der letzten Kriegsmonaten den Entente-Mächten wohlgesinnt.

Außer in der kurzen Periode zwischen 1888 und 1894 hatte der Kaiser keine gute Presse bei den Polen. Die guten Bewertungen am Anfang seiner Herrschaft resultierten vor allem daraus, dass er den verhassten Bismarck und seine Regierung entließ. Des Weiteren wurde der neuen Regierung ein gewisser Vertrauensbonus gewährt, was ein leicht zu erklärender Mechanismus in der Politik ist. In jener Zeit herrschte im ehemaligen Kongresspolen eine bedrückte Stimmung; die Endphase der Herrschaft Alexanders III. brachte den Polen immer mehr Enttäuschungen. Angesichts dessen konnte der junge, entschlossene und moderne Kaiser positiv auffallen. Das Angebot der polnischen konservativen Kreise für eine Zusammenarbeit fand bei ihm jedoch kein Gehör. Die Förderung des Deutschtums schien eine praktischere Lösung zu sein. In seiner Vorstellung eines idealen Staates gab es laut dem Kaiser keinen Platz für die unabhängigen, unzufriedenen, sich demokratisierenden

Polen, die der Regierung Bedingungen stellen und eigene politische Ansprüche erheben würden. Der Höhepunkt der Abneigung gegen Wilhelm II. fiel auf die Wende 1907/1908, als der preußische Landtag über das Enteignungsgesetz debattierte.

Wilhelm, der antislawischen sowie antikatholischen Stereotypen huldigte, war nie bereit, zu einer ehrlichen Einigung mit den Polen zu kommen, die ihnen ihre nationale Eigenart garantiert hätte. Damit wäre die Möglichkeit verbunden gewesen, ihre Nationalität ungehindert und öffentlich zu kultivieren. Der Monarch sympathisierte mit den Ansichten der Rechtskonservativen, welche die Polen als „Feinde des Reiches“ stigmatisierten, so wie sie die katholische Zentrumsparterie und die Sozialdemokratie brandmarkten. Die Polen bedankten sich wiederum bei ihm, indem sie ihn heimlich „Polenfresser“ nannten.

Die nach 1900 erlassenen antipolnischen Gesetze (Ansiedlungsnovelle zum Enteignungsgesetz, Maulkorbparagraf des Vereinsgesetzes) waren nicht nur das Werk von Kanzler Bernhard von Bülow. Der Kaiser selbst - unter dem Einfluss seiner Umgebung - befahl, die Arbeiten an einer antipolnischen Gesetzgebung voranzutreiben. Von 1894 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zog der Kaiser es niemals in Erwägung, noch einmal einen Kompromiss mit den Polen zu erarbeiten. Statt auf die Aussöhnung setzte er auf die erzwungene Assimilation. In die deutsch-polnischen Beziehungen kehrte die offene Konfrontation zurück, die bis zum Ausbruch des Krieges dauerte.

Das Ende des 19. Jahrhunderts war ein Zeitalter der miteinander kämpfenden Nationalismen sowie der Popularität des Rassismus und des Sozialdarwinismus. Die Beziehungen zwischen den Nationen wurden als ein Nullsummenspiel betrachtet. Das, was für die preußische Regierung ein Maximum an Zugeständnissen darstellte und wofür sie immer wieder eine Tracht Prügel von deutschen Nationalisten bekam, wurde von den Polen als ein Prolog zu echten Konzessionen wahrgenommen, auf die sie mit wachsender Ungeduld warteten. Die unterschiedlichen Erwartungen ließen keinen Platz für einen Kompromiss zwischen dem Kaiser und seinen polnischen Untertanen. Eine geringe Zahl von polnischen Konservativen versuchte erfolglos die Mehrheit zu überzeugen, dass man den Monarchen und die Politik seiner Regierung nicht gleichsetzen sollte. In den Augen der Polen blieb der Kaiser der Hauptschuldige für die ungerechte und menschenrechtswidrige Politik, die das Ziel hatte, Nationalbewusstsein, Kultur und Sprache der Polen im

preußischen Teil der ehemaligen Rzeczpospolita auszumerzen. Wilhelm II. versagte als Monarch, der sich als die höchste Instanz und Mediator um alle ihm unterstehenden Menschen und Gesellschaftsgruppen gleicher Maßen kümmern sollte. Deswegen wurde ihm in der polnischen öffentlichen Meinung das moralische Recht zur Herrschaft über die Polen lange vor 1918 entzogen. Im November 1918 kommentierte der „Kurjer Poznański“ seine Flucht nach Holland mit den Worten, dass die Polen ihn noch weniger zu bedauern haben als die Deutschen. Infolgedessen, im Gegensatz zum ehemaligen Galizien mit Franz Joseph I., gibt es heutzutage in Westpolen keine große Sympathie für den letzten Hohenzoller auf dem preußischen Thron.